

08.05.2006

188/2006

## Stiftung Denkmalschutz

-CS-

**Claudia Hämmerling**, stadtentwicklungspolitische Sprecherin, erklärt:

### **Kostentransparenz und Einhaltung des Vergaberechts bei der Übertragung von Landesbesitz an private Stiftungen**

Nach Fragen und Kritik zur Intransparenz bei der Sanierung öffentlicher Gebäude durch die Stiftung Denkmalschutz reagiert die Stiftung verärgert und will sich zurückziehen.

Das Modell, die Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden aus Werbeeinnahmen zu finanzieren, hat sich bewährt. Denn weder das Land Berlin noch die Bezirke können die erforderlichen Mittel für die Sanierung der denkmalgeschützten Gebäude aufbringen. Aber: Wenn das Land öffentliches Eigentum Dritten unter der Bedingung zur Verfügung stellt, dass erzielte Einnahmen aus Werbemaßnahmen in die Sanierung fließen, ist Transparenz nötig.

Wir fordern daher offenzulegen, wie viel Geld mit der Werbung an den öffentlichen Gebäuden eingenommen worden ist. Außerdem gehören die Kostenkalkulation für die Sanierungsmaßnahmen vor Beginn der Sanierungsarbeiten auf den Tisch, und die Grundsätze des Vergaberechts müssen eingehalten werden.

Zu Recht kritisiert auch Transparency International die intransparente Besitzübertragung von landeseigenen Gebäuden an die Stiftung Denkmalschutz. Denn damit wird es möglich, ohne parlamentarische Kontrolle Einnahmen in Millionenhöhe zu erzielen und Aufträge in Millionenhöhe zu vergeben, ohne die Vergaberichtlinien des Landes Berlin zu berücksichtigen.

Die Aussage des Stiftungsvorstandes, es gäbe keine Chance, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, ist falsch. Für den 7. Juni hat die grüne Fraktion eine Anhörung der Stiftung durch Stadtentwicklungs- und Hauptausschuss angemeldet. Bereits im Februar gab es ein Gespräch zwischen den Vorständen der Stiftung und der Fraktion. Da wurde der Wunsch nach Akteneinsicht vom Stiftungsvorstand abgelehnt, nicht einmal die Stiftungssatzung war zugänglich.

Auch die Aussage des Vorstandmitgliedes Müller, dass immer nach Marktkriterien die billigste Firma gewählt wurde ist falsch. Beim Brandenburger Tor gab es beispielsweise keine Ausschreibung, beim Charlottenburger Tor wurde nicht das günstigste Angebot gewählt.